

Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel



Europabericht 15/2008
vom 12.09.2008

EUROPABERICHT NR.: 15/2008

Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Geschäftsbereich Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

**GEORGIEN: EUROPÄISCHER RAT UND EUROPÄISCHES PARLAMENT VERURTEILEN
DAS VORGEHEN RUSSLANDS**

Auf einer Sondersitzung des Europäischen Rates (ER) am 01.09.2008 verurteilten die Staats – und Regierungschefs der EU den einseitigen Beschluss Russlands, die Unabhängigkeit Abchasiens und Südossetiens anzuerkennen. Die erst im Mai aufgenommenen Verhandlungen zu einem neuen Partnerschaftsabkommen (siehe EB 10/2008) wurden ausgesetzt. Das Europäische Parlament forderte in einer mit großer Mehrheit angenommenen Entschließung (549/68/61) am 03.09.2008 Russland auf, die Souveränität, territoriale Integrität und Unverletzlichkeit der Grenzen Georgiens zu achten und seine Truppen sofort und vollständig abzuziehen.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/102548.pdf

EU/UKRAINE: VERTIEFUNG DER BEZIEHUNGEN OHNE BEITRITTSPEERSPEKTIVE

Unter dem Eindruck der Krise in Georgien wurde auf dem Gipfeltreffen zwischen der EU und der Ukraine am 09.09.2008 in Paris eine Vertiefung der Beziehungen, insbesondere durch den Abschluss eines Assoziierungsabkommens als ein herausgehobener Status im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik, vereinbart. Der Abschluss der 2007 begonnenen Verhandlungen (s. EB 16/06) wird für 2009 erwartet. Allerdings wurde jeder Hinweis auf eine Beitrittsperspektive vermieden.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/er/102633.pdf

WESENTLICHE ERGEBNISSE DER PLENARSITZUNG VOM 01.-04.09.2008 IN BRÜSSEL

Im Mittelpunkt des Plenums standen die Debatten und die Entschließung zu der Situation in Georgien, die Debatte zur Vorbereitung der 1. Lesung des Telekompaketes im September II Plenum sowie zum Sozialpaket und die Vorlage des Entwurfs des Gesamthaushaltes 2009 durch den Rat. In einer feierlichen Stunde forderte der Präsident Costa Ricas und

Friedensnobelpreisträger von 1987 Oscar Arias Sanchez eine verstärkte Unterstützung der EU für Mittelamerika. Weiter forderte das EP eine einheitlichere EU-Sanktionspolitik im Bereich der Menschenrechte.

Im gesetzgeberischen Bereich waren aus bayerischer Sicht insbesondere die mündliche Anfrage zur weiteren Behandlung der im Rat aus Subsidiaritäts-Erwägungen blockierten Bodenschutzrichtlinie sowie die Forderung nach einer effektiven EU-Strategie zur Bekämpfung des Steuerbetrugs von Interesse. In erster Lesung verabschiedete das EP nach vorheriger Einigung mit Rat und Kommission einen Bericht der bayerischen Europaabgeordneten *Dr. Anja Weisgerber* zu einer einheitlichen EG - Typengenehmigung für wasserstoffbetriebene Fahrzeuge und zur Übernahme des GHS-Systems zur Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Chemikalien in das EU-Recht. Ebenfalls in 1. Lesung forderte das EP mehr Wettbewerb bei der Buchung von Flügen. Im Konsultationsverfahren nahm das EP zu 3 Initiativen für eine engere Zusammenarbeit im Justizbereich Stellung. In Form von gesetzgeberisch nicht bindenden Initiativberichten forderte das EP, den 22. Februar zum „Internationalen Tag für gleiches Entgelt“ für Frauen und Männer zu erklären, verbindliche Regeln für Werbung in den unterschiedlichen Medien, insbesondere zur Vermeidung geschlechtsspezifischer Diskriminierungen, zu erlassen sowie ein nachhaltiges und effizientes Logistik – und Güterverkehrssystem zu erarbeiten. Im Rahmen einer mündlichen Anfrage an die Kommission sprach sich das EP gegen das Klonen von Tieren für die Lebensmittelversorgung aus (siehe zu den einzelnen Themen auch die Beiträge der jeweiligen Ressorts).

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/briefing_page/35768-245-09-36-20080901BRI35767-01-09-2008-2008/default_de.htm

EP: SEPTEMBER-PLENARTAGUNGEN IN BRÜSSEL

Wegen der baulichen Mängel im Gebäude des Europäischen Parlamentes in Strassburg, wo am 07.08.2008 ein Teil der Zwischendecke in den Plenarsaal gestürzt war, finden die Plenarsitzungen vom 01.-04.09. und 22.-25.09.2008 in Brüssel statt.

BEITRITSVERHANDLUNGEN: JE EIN KAPITEL MIT KROATIEN ERÖFFNET UND VORLÄUFIG ABGESCHLOSSEN

Auf der ersten Beitrittskonferenz auf Stellvertreterebene unter französischer Präsidentschaft wurde am 25.07.2008 ein Verhandlungskapitel zum freien Warenverkehr eröffnet und das Kapitel zur Unternehmen -und Industriepolitik vorläufig abgeschlossen. Damit sind in den Beitrittsverhandlungen mit Kroatien von insgesamt 35 Kapiteln 21 eröffnet und 3 vorläufig abgeschlossen worden (siehe auch EB 12/2008).

SERBIEN: KOMMISSIONSPRÄSIDENT BARROSO HÄLT KANDIDATENSTATUS 2009 FÜR MÖGLICH

Bei einem Besuch des serbischen Präsidenten *Boris Tadic* am 03.09.2008 sagte Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* vor der Presse, dass er einen Kandidatenstatus für 2009 für möglich halte, sofern alle notwendigen Bedingungen vorher erfüllt werden. *Tadic* selbst bekräftigte den serbischen Wunsch, bereits Ende 2008 den Kandidatenstatus zu erreichen. Das serbische Parlament ratifizierte am 09.09.2008 das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit der EU.

EUROSTAT: DEUTSCHE WERDEN WENIGER UND ÄLTER

Laut EUROSTAT, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften, vom 26.08.2008 droht dem bisher bevölkerungsreichsten EU-Mitgliedsstaat Deutschland bis zum Jahr 2060 ein Bevölkerungsrückgang um fast 14% von derzeit 82 auf 71 Mio. Einwohner. Unter den EU-27 fällt Deutschland damit vom 1. auf den 3. Platz zurück.

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/pls/portal/docs/PAGE/PGP_PRD_CAT_PREREL/PGE_CAT_PREREL_YEAR_2008/PGE_CAT_PREREL_YEAR_2008_MONTH_08/3-26082008-DE-AP.PDF

Geschäftsbereich Staatsministerium des Inneren

RAT JUSTIZ UND INNERES AM 24./25.07.2008: INNENPOLITIK

1. Beschluss zu Irak-Flüchtlingen auf deutschen Wunsch vertagt
2. Weiter Differenzen zum Zugang Hochqualifizierter (Blue Card)
3. Noch keine Einigung über Sanktionen gegen Arbeitgeber illegaler Einwanderer in Sicht
4. Rat will Arbeit an EU-PNR-System voranbringen.

RÜCKSCHLAG FÜR VORSCHLAG ZUR GRENZÜBERSCHREITENDEN DURCHSETZUNG VON VERKEHRSSICHERHEITSVORSCHRIFTEN

Nach Auffassung des Juristischen Diensts des Rats kann der Richtlinienvorschlag zur Erleichterung der grenzübergreifenden Durchsetzung von Verkehrssicherheitsvorschriften weder auf die Kompetenz für Maßnahmen zur Verkehrssicherheit in Art.71 EGV, noch auf eine andere Vorschrift des EG-Vertrags gestützt werden. Der Verkehrsausschuss des Europäischen Parlaments unterstützt den Vorschlag dagegen und will noch darüber hinaus gehen.

NORWEGEN WILL SICH AM PRÜM-BESCHLUSS BETEILIGEN

Die norwegische Regierung hat Interesse an der „Prüm-Zusammenarbeit“ der EU bekundet. Norwegen, das wie Island und die Schweiz zur Schengen-Zusammenarbeit der EU assoziiert ist, sieht „Prüm“ als Fortsetzung von „Schengen“ an und strebt auch dazu eine Assoziierung an.

EUGH DEHNT FREIZÜGIGKEIT DRITTSTAATSANGEHÖRIGER EhePARTNER VON EU-BÜRGERN WEITER AUS

Der Europäische Gerichtshof hat entschieden, dass die Freizügigkeitsrichtlinie 2004/38/EG Ehepartnern von EU-Bürgern aus Drittstaaten unabhängig von einem vorherigen rechtmäßigen Aufenthalt in der EU erlaubt, sich bei ihrem Partner in der EU aufzuhalten. Ebenso ist unerheblich, ob die Ehe vor oder nach Zuzug in die EU geschlossen wurde (C-127/08).

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>

EUGH GIBT KLAGEN GEGEN EU-TERRORLISTEN STATT

Der Europäische Gerichtshof hat zwei Rechtsmitteln gegen Entscheidungen des Europäischen Gerichts erster Instanz stattgegeben und die Rechtsgrundlagen für die EU-Terrorismustlisten hinsichtlich der Kläger für nichtig erklärt (C-402/05 P und C-415/05 P).

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>

FORTSCHRITTE BEI DER VISAFREIHEIT FÜR EU-BÜRGER – WEITER PROBLEME MIT DEN USA

Die Kommission hat berichtet, inwieweit das Grundprinzip der EU-Visalistenverordnung – Gegenseitigkeit der Visabefreiung für EU-Bürger und Bürger von Drittstaaten – verwirklicht ist. Für Bürger aller EU-Staaten wurde bei Reisen nach Israel, Malaysia und Paraguay Visafreiheit erreicht, keine Fortschritte gab es mit Japan, Panama, Singapur und den USA.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1189&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0486:FIN:DE:PDF>

EUROPOL: POSTEN DES DIREKTORS NEU AUSGESCHRIEBEN

Der EUROPOL-Verwaltungsrat hat in ABI C 194A vom 31.07.2008, S. 1 eine Ausschreibung für die Stelle des EUROPOL-Direktors veröffentlicht. Die Amtszeit des seit 2005 amtierenden, deutschen Direktors Max-Peter Ratzel läuft 2009 aus.

JI-RAT AM 24./25.07.2008 IN BRÜSSEL

Der Rat Justiz und Inneres behandelte am 24./25.7.2008 die folgenden Themen aus dem Bereich der Justiz- und Rechtspolitik:

1. ROM III-Verordnung
2. Eurojust und Europäisches Justizielles Netz
3. Schlussbericht Gruppe „Zukunft“ (Justiz)
4. Sonstiges

PLENARSITZUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS IN BRÜSSEL VOM 1. BIS 4.9.2008

1. Stellungnahmen zur justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen: Eurojust, EJM und Rahmenbeschluss zur Anerkennung von Abwesenheitsurteilen.

[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-
//EP//NONSGML+TA+20080902+SIT+DOC+WORD+V0//DE&language=DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+20080902+SIT+DOC+WORD+V0//DE&language=DE)

2. Entschließung zum Fortgang der Arbeiten am Gemeinsamen Referenzrahmen

Das Parlament sprach sich in einer Entschließung für einen möglichst umfassenden Gemeinsamen Referenzrahmen im Vertragsrecht aus.

3. Alarmsystem für vermisste Kinder

Die schriftliche Erklärung "zur Zusammenarbeit bei Noteinsätzen zur Rettung vermisster Kinder" wurde mehrheitlich angenommen.

OLAF VERÖFFENTLICHT JAHRESBERICHT 2007

Das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) hat seinen Tätigkeitsbericht für das Jahr 2007 veröffentlicht.

http://ec.europa.eu/anti_fraud/reports/olaf_en.html

EP FORDERT STRATEGIE ZUR VERBESSERUNG DER BEKÄMPFUNG DES STEUERETRUGES

Das EP hat 2. September 2008 eine Entschließung zu einer „koordinierten Strategie zur Verbesserung der Bekämpfung des Steuerbetruges“ verabschiedet. Als mögliche Alternative zum

derzeitigen MwSt.-System erwägt es die Verlagerung der Steuerschuldnerschaft (Reverse Charge) sowie die Besteuerung innergemeinschaftlicher Lieferungen.

[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-
//EP//NONSGML+TA+20080902+SIT+DOC+WORD+V0//DE&language=DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+20080902+SIT+DOC+WORD+V0//DE&language=DE)

ERLÄUTERUNGEN ZUM KARTENZAHLUNGSMARKT IM SEPA-RAUM

Der European Payments Council (EPC), die Vereinigung von Banken und Bankenverbänden, die für die Verwirklichung des einheitlichen Eurozahlungsraums (SEPA) zuständig ist, veröffentlichte im August eine Erläuterung zum Kartenzahlungsmarkt im SEPA-Raum. In dieser Veröffentlichung in Form eines Fragen- und Antwortkatalogs erläutert der EPC Schlüsselaspekte der Einhaltung des SEPA-Kartenzahlungsrahmens (SFC) für Kartenzahlungssysteme und Banken sowie die in Bezug auf die räumliche Ausdehnung von Kartensystemen in SEPA zu erfüllenden Bedingungen.

FINANZDIENSTLEISTUNGEN: MITGLIEDER DER EXPERTENGRUPPE FÜR KREDITHISTORIE EINGESETZT

Die Kommission hat am 4. September 2008 die 20 Mitglieder der Expertengruppe für Kredithistorie bestellt. Deren Aufgabe wird es sein, die Hindernisse in Bezug auf den Zugang und den Austausch von Kreditdaten in der EU zu benennen und Lösungen zur Beseitigung dieser Hindernisse zu finden.

http://ec.europa.eu/internal_market/finservices-retail/credit/history_de.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

EUROPÄISCHES PARLAMENT VERABSCHIEDET DIE VERORDNUNG ÜBER EG-TYPGENEHMIGUNG FÜR WASSERSTOFFBETRIEBENE FAHRZEUGE

Das Europäische Parlament hat am 03.09.2008 eine Verordnung verabschiedet, mit der erstmals harmonisierte technische Vorschriften für die Genehmigung von Kraftfahrzeugen mit Wasserstoffantrieb erlassen werden sollen. Da sich Parlament und Mitgliedstaaten bereits vorher auf den Verordnungstext geeinigt haben, ist die Verordnung de facto verabschiedet. Für die Berichterstatterin, *Dr. Anja Weisgerber* (EVP-ED), gibt die Verordnung den Autoherstellern die Sicherheit, dass ein in einem EU-Mitgliedstaat zugelassenes Wasserstofffahrzeug überall in der Union verkauft werden kann und damit die Entwicklung der Technologie beschleunigt wird. Da wasserstoffbetriebene Fahrzeuge bislang nicht in das EG-Typgenehmigungssystem einbezogen

sind, bestand die Gefahr divergierender Einzelgenehmigungen. Dies führte zu hohen Kosten und Risiken für die Hersteller.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/054-35973-245-09-36-909-20080902IPR35972-01-09-2008-2008-false/default_de.htm

EUROPÄISCHES PARLAMENT VERABSCHIEDET VERORDNUNG ZU COMPUTERGESTÜTZTEN RESERVIERUNGSSYSTEMEN

Das Europäische Parlament hat am 04.09.2008 eine neue Verordnung zu computergestützten Reservierungssystemen (CRS) in erster Lesung verabschiedet. Das Hauptziel der Verordnung besteht darin, Luftfahrtunternehmen und CRS zu ermöglichen, frei über die Vertriebsbedingungen von Dienstleistungen zu verhandeln. Künftig müssen die Reservierungssysteme „neutrale“ Informationen für die Verbraucher bereitstellen und auf ihrer Startseite über die günstigsten und schnellsten Verbindungen informieren. Die angegebenen Preise müssen alle Steuern und Gebühren, Aufschläge und Entgelte, die dem Luftfahrt- oder Schienenverkehrsunternehmen zu zahlen sind, enthalten. Da bereits eine Einigung mit den Mitgliedstaaten erzielt wurde, ist die Verordnung de facto beschlossen. Der Ministerrat muss formal noch zustimmen.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/062-36135-245-09-36-910-20080903IPR36134-01-09-2008-2008-false/default_de.htm

EUROPÄISCHES PARLAMENT VERABSCHIEDET ENTSCHEIDUNG FÜR EIN „NACHHALTIGES UND EFFIZIENTES LOGISTIK- UND GÜTERVERKEHRSSYSTEM“

Das Europäische Parlament hat am 04.09.2008 in einem Initiativbericht des Abgeordneten *Michael Cramer* (Grüne) ein nachhaltiges und effizientes Logistik- und Güterverkehrssystem gefordert, das nicht nur zur Verbesserung der Wirtschaft und der Sicherheit führt, sondern auch den Zielen der EU in den Bereichen Klimawandel und Energieeinsparungen gerecht wird. Damit sollen der Kommission klare Zielvorgaben für ihren Aktionsplan zum Güterverkehr, der für den Herbst 2008 angekündigt ist, gegeben werden.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/062-36123-245-09-36-910-20080903IPR36122-01-09-2008-2008-false/default_de.htm

GHS-VERORDNUNG – NEUE KENNZEICHNUNG VON CHEMIKALIEN

Das Europäische Parlament hat am 3. September 2008 in erster Lesung eine Stellungnahme zur Verordnung zur Übernahme des sog. „GHS-Systems“ (Globally Harmonised System of Classification and Labelling of Chemicals) verabschiedet. Ziel des GHS-Systems soll u. a. sein,

die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von gefährlichen Chemikalien international zu harmonisieren und für Arbeitnehmer und Verbände die Sicherheit beim Umgang mit Gefahrenstoffen zu verbessern. Siehe hierzu Beitrag im Bereich des StMUGV.

INDUSTRIEAUSSCHUSS DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS VERABSCHIEDET BERICHT ZUR CO₂-REDUKTION BEI PKW

Der Industriausschuss des Europäischen Parlaments hat am 01.09.2008 den Bericht von *Werner Langen* (EVP-ED) zur CO₂-Reduktion bei PKW verabschiedet. Der mitberatende Industriausschuss entschärfte den Gesetzesvorschlag der Kommission mit 35 zu 21 Stimmen bei zwei Enthaltungen. Dabei stimmten Konservative und Liberale dafür und Sozialdemokraten und Grüne dagegen. Der federführende Umweltausschuss wird am 25.09.2008 über den Bericht von *Guido Sacconi* (SPE, IT) entscheiden.

INFORMELLES TREFFEN DER VERKEHRSMINISTER

Zu dem informellen Treffen der Verkehrsminister am 01. und 02.09.2008 hatten der französische Minister für Ökologie, Energie, nachhaltige Entwicklung und Raumordnung *Jean-Louis Borloo* und der französische Staatssekretär für Verkehr *Dominique Bussereau* eingeladen. Diskutiert wurden u. a. der Aktionsplan für städtische Mobilität sowie der Vorschlag zur Novellierung der Euro-Vignetten-Richtlinie.

http://www.ue2008.fr/PFUE/site/PFUE/lang/de/reunion_informelle_des_ministres_des_transports

KOMMISSION WILL LUFTSICHERHEITSVORSCHRIFTEN VERÖFFENTLICHEN

Die Europäische Kommission hat am 06.08.2008 beschlossen, den überwiegenden Teil der Luftsicherheitsvorschriften der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Veröffentlichung der Liste der in der EU verbotenen Gegenstände soll es Fluggästen erleichtern, sich zu informieren, was an Bord von Flugzeugen mitgeführt werden darf und was nicht. Damit reagiert die Kommission auf ein noch laufendes Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof.

http://ec.europa.eu/transport/air_portal/security/

KOMMISSION VERÖFFENTLICHT LEITFADEN FÜR EINE BESSERE NUTZUNG DER EU-FÖRDERMITTEL FÜR FORSCHUNG, INNOVATION UND KOHÄSION

Die Europäische Kommission hat am 08.09.2008 einen praktischen Leitfaden für Fördermöglichkeiten der EU im Bereich Forschung und Innovation veröffentlicht, der es allen

Beteiligten erleichtern soll, sich bei der Vielfalt der EU-Fördermöglichkeiten zurechtzufinden. Hierbei geht es im Wesentlichen um das 7. Forschungsrahmenprogramm, das Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) sowie die Strukturfonds und den Kohäsionsfonds.

http://cordis.europa.eu/EU-funding-guide/home_en.html

KOMMISSION BESTELT MITGLIEDER DER EXPERTENGRUPPE FÜR KREDITHISTORIE

Die Europäische Kommission hat am 04.09.2008 die Mitglieder der Expertengruppe für Kredithistorie („Expert Group on Credit Histories“/EGCH) bestellt. Ziel der Gruppe ist es, Lösungen zu finden, mit denen sich der Zugang zu und der Austausch von Kreditdaten in der EU verbessern lässt. Die Liste der Experten und weitere Informationen finden sich unter:

http://ec.europa.eu/internal_market/fin services-retail/credit/history_de.htm

KOMMISSION LEITET FÖRMLICHE PRÜFUNG WEGEN MÖGLICHER STAATLICHER BEIHILFEN FÜR FLUGHAFEN MÜNCHEN EIN

Die Kommission hat am 23.07.2008 beschlossen, wegen der Finanzierung des Terminals 2 am Flughafen München ein förmliches Prüfverfahren einzuleiten. Die Prüfung der Kommission betrifft bestimmte Darlehen, die zu niedrigeren als marktüblichen Zinssätzen gewährt wurden und für die möglicherweise öffentliche Bürgerschaften geleistet wurden.

Die Kommission ist ferner zu dem Schluss gekommen, dass die Investitionen der im öffentlichen Eigentum stehenden Flughafen München GmbH in das Terminal keine staatliche Beihilfe darstellen, da der Flughafen sich in dieser Hinsicht wie ein privater Investor verhalten hat. Auch die Bedingungen der Nutzung des Flughafens München durch die Lufthansa umfassen nach der Feststellung der Kommission keine staatliche Beihilfe (siehe hierzu Beitrag im Geschäftsbereich StMF).

Geschäftsbereich Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten

45,7 MIO EURO FÜR EU-ABSATZFÖRDERUNG VON AGRARERZEUGNISSEN

Die Europäische Kommission stellt 45,7 Mio. EUR zur Absatzförderung für landwirtschaftliche Produkte in 16 EU-Staaten zur Verfügung. Insgesamt können 92,4 Mio. EUR eingesetzt werden, da sich die Mitgliedstaaten bzw. die Branchenverbände zur Hälfte beteiligen. Das deutsche Programm für frisches Obst und Gemüse vom Verband „5 am Tag e.V.“ hat eine Laufzeit von 3 Jahren und wird jährlich mit 350 000 EUR ausgestattet (insgesamt 1 050 000 EUR, EU-Beitrag:

525 000 EUR). Das Programm der CMA zur Absatzförderung von Fleisch hat eine Laufzeit von 2 Jahren und wird jeweils mit 2 000 000 EUR gefördert (insgesamt 4 000 000 EUR, EU-Beitrag: 2 000 000 EUR).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1206&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EXPORTERSTATTUNGEN FÜR FRISCHES UND GEFRORENES SCHWEINEFLEISCH BEENDET

Am 7. August 2008 wurde ein Vorschlag der Europäischen Kommission, wonach die Exporterstattungen für frisches und gefrorenes Schweinefleisch auf Null gesetzt werden sollen, im Verwaltungsausschuss für die gemeinsame Organisation landwirtschaftlicher Märkte angenommen. Die Exporterstattungen wurden im November 2007 als Übergangslösung eingeführt, um auf die schwierige Marktlage durch das Zusammentreffen eines Überschusses der EU-Produktion und hoher Futtermittelpreise zu reagieren. Durch höhere Exportbeihilfen und die Einführung einer privaten Lagerhilfe erholte sich der Schweinemarkt im Laufe dieses Jahres allmählich wieder.

<http://ec.europa.eu/agriculture/newsroom/en/306.htm>

ÜBERDURCHSCHNITTLICHE ERNTE IN DER EU

Für das Jahr 2008 ist EU-weit mit einer überdurchschnittlichen Getreideernte von 301 Mio. t zu rechnen. Dies sind 43 t mehr als im Jahr 2007, was eine Steigerung von 16 % gegenüber dem Vorjahr bedeutet und 9 % gegenüber der Durchschnittsproduktion der letzten fünf Jahre. Ursachen für diese positive Bilanz sind günstige Wetterbedingungen sowie eine vergrößerte Anbaufläche. Ertragszuwächse sind u. a. bei Zuckerrüben, Körnermais, Weizen und Gerste zu verzeichnen. Lediglich für Raps und Kartoffeln wird ein Ertragsrückgang vorhergesagt. Dies geht aus der jährlichen Erntevorhersage der Kommission hervor, die am 7. August 2008 veröffentlicht wurde.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1251&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

HARMONISIERTE RÜCKSTANDSHÖCHSTGEHALTE FÜR PESTIZIDE IN KRAFT

Am 1.9.2008 ist eine neue Verordnung zur Harmonisierung der Vorschriften über Pestizidrückstände in Kraft getreten. Die Verordnung (EG) Nr. 396/2005 führt auf EU-Ebene für Lebens- und Futtermittel erstmals einheitliche Grenzwerte für die Belastung mit

Pflanzenschutzmittelrückständen ein. Das Europäische Parlament und der EU-Ministerrat hatten 2005 die Vereinheitlichung der nationalen Grenzwerte beschlossen (s. hierzu Bericht aus dem Geschäftsbereich des StMUGV in diesem EB).

http://ec.europa.eu/food/plant/protection/pesticides/index_en.htm

http://ec.europa.eu/news/environment/080903_1_de.htm

EUROPÄISCHES PARLAMENT FORDERT VERBOT VON KLONFLEISCH

Das Europäische Parlament hat am 3.9.2008 mit großer Mehrheit (622 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen, 25 Enthaltungen) eine Entschließung angenommen, die die Kommission auffordert, einen Vorschlag vorzulegen, der u. a. das Klonen von Tieren und die Zucht von Klontieren für die Lebensmittelversorgung, die Vermarktung von Fleisch- und Milchprodukten, die von Klontieren oder ihren Nachkommen stammen, und die Einfuhr geklonter Tiere verbieten soll (s. hierzu Bericht aus dem Geschäftsbereich des StMUGV in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0400+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

http://www.efsa.europa.eu/EFSA/efsa_locale-1178620753812_1211902019540.htm

http://ec.europa.eu/european_group_ethics/activities/docs/opinion23_en.pdf

KOMMISSION STARTET WERBEKAMPAGNE „BIO. GUT FÜR DIE NATUR, GUT FÜR DICH“

Um die Verbraucher stärker über die Besonderheit des ökologischen Landbaus und der Erzeugung ökologischer Lebensmittel und deren Vorzüge zu informieren, hat die Europäische Kommission die Werbekampagne „Bio. Gut für die Natur, gut für dich“ eröffnet. Ziel der Kampagne, die sich insbesondere an Kinder und Jugendliche richtet, ist es, die Verbraucher für ökologische Erzeugnisse zu sensibilisieren.

http://ec.europa.eu/agriculture/organic/home_de

EINIGUNG ÜBER HANDELSLIBERALISIERUNG FÜR AGRAR- UND FISCHEREIERZEUGNISSE ZWISCHEN DER EU UND ISRAEL

Im Rahmen des Europa-Mittelmeer-Assoziationsabkommens mit dem Staat Israel haben sich die EU und Israel vorläufig darauf geeinigt, den gegenseitigen Handel mit landwirtschaftlichen Primär- und Verarbeitungserzeugnissen sowie Fisch und Fischereierzeugnissen zu liberalisieren. Die Einigung steht in Übereinstimmung mit dem Euro-Med-Fahrplan für die Landwirtschaft (Fahrplan von Rabat). Die neuen Handelszugeständnisse sind ein bedeutender Schritt in

Richtung einer Integration der Märkte der EU und Israels. Insgesamt wird das Abkommen als ausgeglichen betrachtet, da beide Seiten davon profitieren werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1233&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

KOMMISSION STARTET DIE AUSSCHREIBUNG EINER STUDIE ÜBER DIE VERSORGUNG MIT ÖFFENTLICHEN GÜTERN DURCH DIE LANDWIRTSCHAFT DER EU

Die Kommission hat die Ausschreibung einer Studie mit einem Mittelumfang von 500 000 Euro veröffentlicht, in der die Versorgung mit öffentlichen Gütern durch die Landwirtschaft in der EU dargestellt wird. Die Abgabefrist für das Einreichen von Angeboten läuft am 10. November 2008 ab. Die Kommission beabsichtigt, den Auftrag noch vor Ende des Jahres 2008 zu vergeben, nachdem sie die eingegangenen Angebote ausgewertet hat. Der Auftragnehmer muss die Studie innerhalb von 10 Monaten nach Unterzeichnung des Auftrags durchführen.

<http://ec.europa.eu/agriculture/newsroom/en/308.htm>

MITTEILUNG ZUR UMSETZUNG DER TIERGESUNDHEITSSTRATEGIE (2007 – 2013)

Die Kommission hat am 10.9.08 eine Mitteilung zum neuen Aktionsplan zur Umsetzung der EU-Tiergesundheitsstrategie „Vorbeugung ist die beste Medizin“ (2007 - 2013) angenommen. Im Rahmen des Aktionsplans soll u. a. bis 2010 ein Vorschlag für ein Tiergesundheitsrahmengesetz entwickelt werden, das die bestehenden Einzelregelungen bündelt (s. hierzu Bericht aus dem Geschäftsbereich des StMUGV in diesem EB).

http://ec.europa.eu/food/animal/diseases/strategy/actionplan_en.htm

http://ec.europa.eu/food/animal/diseases/strategy/documents_en.htm

<HTTP://EUROPA.EU./RAPID/PRESSRELEASESACTION.DO?REFERENCE=MEMO/08/557&FORMAT=HTML&AGED=0&LANGUAGE=EN&GUILANGUAGE=EN>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

SOZIALPAKET: EUROPÄISCHES PARLAMENT ERÖFFNET DEBATTE – KRITIK AN FÜNFTER EU-RICHTLINIE ZUR ANTIDISKRIMINIERUNG

Mit einer breiten Debatte hat das Europäische Parlament (EP) am 2. September 2008 die Beratungen über die von der EU-Kommission im Juli 2008 vorgestellte erneuerte Sozialagenda eröffnet. Während die Mehrheit der Abgeordneten das aus insgesamt 19 Initiativen v.a. in den

Bereichen Beschäftigung und Soziales, Gesundheit sowie Bildung und Jugend bestehende „Sozialpaket“ (s. EB 13/2008) im Grundsatz begrüßte, wurde es von einigen der über 50 Redner als unzureichend kritisiert. Die geplante neue EU-Richtlinie zur Antidiskriminierung bildete neben der Revision der Regelungen zu Europäischen Betriebsräten einen der Schwerpunkte der Diskussion mit EU-Sozialkommissar Dr. Vladimír Špidla und dem französischen Minister für Arbeit und soziale Angelegenheiten Xavier Bertrand als Vertreter der amtierendem Ratspräsidentschaft.

[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-
//EP//NONSGML+PV+20080902+SIT+DOC+PDF+V0//EN&language=EN](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+PV+20080902+SIT+DOC+PDF+V0//EN&language=EN)

CHANCENGERECHTIGKEIT: EP NIMMT BERICHT ZUR GLEICHSTELLUNG VON FRAUEN UND MÄNNERN AN – AKTIONSTAG GEFORDERT

Das Europäische Parlament hat am 3. September 2008 eine Entschließung zur Gleichstellung von Frauen und Männern angenommen. Darin monierten die Abgeordneten das fortbestehende Lohngefälle zwischen Frauen und Männern. EU-weit verdienen Frauen durchschnittlich 15 Prozent weniger als Männer. Die ungleichen Arbeitsentgelte haben sich der Resolution zufolge seit 2000 lediglich um ein Prozent reduziert. Das EP forderte in diesem Zusammenhang „neue Maßnahmen“ und schlug vor, den 22. Februar zum „Internationalen Tag für gleiches Entgelt“ zu erklären.

[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-
0399+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0399+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE)

EUGH: VERFAHREN ZUM FREMDBESITZVERBOT VON APOTHEKEN – BUNDESREGIERUNG VERTEIDIGT DEUTSCHE VORSCHRIFTEN

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 3. September 2008 mehrere Rechtssachen zum so genannten Fremdbesitzverbot von Apotheken verhandelt. Im Mittelpunkt steht dabei u.a. die Frage, ob die deutschen Vorschriften, die den Betrieb bzw. die Führung einer Apotheke nur approbierten Pharmazeuten gestatten, gegen die Niederlassungsfreiheit für Kapitalgesellschaften gemäß Artikel 43 und 48 des EG-Vertrags verstoßen (Rechtssachen C-171/07, C-172/07). Beim Verhandlungsaufakt verteidigte die Bundesregierung das in Deutschland im Gesetz über das Apothekenwesen verankerte Fremdbesitzverbot. Der ausgebildete Apotheker stehe „mit seiner gesamten Persönlichkeit dafür ein, dass dem Versorgungsgedanken Rechnung getragen wird“, betonte der Vertreter der Bundesregierung. Das abschließende Urteil des EuGH wird für Anfang 2009 erwartet.

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-171/07&datefs=&datefe=&nomusuel=&domaine=&mots=&resmax=100](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-171/07&datefs=&datefe=&nomusuel=&domaine=&mots=&resmax=100)

EUROSTAT: BERICHT ZUR BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG BIS 2060 – DEUTSCHLAND NUR NOCH DRITTGRÖSSTER EU-MITGLIEDSTAAT

Der EU-Statistikbehörde Eurostat zufolge werden das Vereinigte Königreich mit geschätzten 77 Millionen und Frankreich mit rund 72 Millionen im Jahr 2060 mehr Einwohner haben als Deutschland (ca. 71 Millionen). Derzeit ist die Bundesrepublik noch das bevölkerungsreichste Land der Europäischen Union. Gleichzeitig wird die Bevölkerungszahl einer aktuellen Erhebung zufolge in rund der Hälfte der EU-Mitgliedstaaten wachsen. Den stärksten Bevölkerungszuwachs prognostiziert die Luxemburger Behörde für Zypern, Irland und Luxemburg. 2060 wird die EU mit 506 Millionen Menschen größer sein als heute. Dabei kommen jedoch auf jeden Rentner nur noch zwei Bürger im erwerbsfähigen Alter.

http://epp.eurostat.ec.europa.eu/pls/portal/docs/PAGE/PGP_PRD_CAT_PREREL/PGE_CAT_PREREL_YEAR_2008/PGE_CAT_PREREL_YEAR_2008_MONTH_08/3-26082008-DE-AP.PDF

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

JUGEND: EP-INITIATIVEN IM JUGENDBEREICH

Das Europäische Parlament hat sich für eine verstärkte Einbeziehung der Jugend in die EU-Politikbereiche sowie für eine Ausrufung des Jahres 2011 als Europäisches Jahr des freiwilligen Engagements ausgesprochen.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

EUROPÄISCHES INSTITUT FÜR INNOVATION UND TECHNOLOGIE (EIT)

Das EIT ist in der entscheidenden Konstituierungsphase. Nachdem am 30. Juli 2008 die 18 EIT-Verwaltungsratsmitglieder – u.a. Professor Wolfgang A. Herrmann, Präsident der Technischen Universität München – offiziell ernannt worden sind, wird der Verwaltungsrat am 15. September 2008 unter der Leitung von EU-Kommissionspräsident Barroso die wesentlichen Struktur- und Profilbestimmungen vornehmen.

http://ec.europa.eu/eit/mission_en.htm

HOCHSCHULENTWICKLUNG

Die im Rahmen der französischen EU-Ratspräsidentschaft organisierte Konferenz von internationalen Experten für Hochschulentwicklung vom 09. bis 10. September in Straßburg definiert die Entwicklung eines Verfahrens zur Qualitätssicherung der Studiengänge und Abschlüsse innerhalb Europas sowie die Vergleichbarkeit der europäischen Ausbildungs- und Hochschulsysteme als Schlüsselfragen für die Hochschulentwicklung.

Auch Ana Martinho, Hauptberaterin im Kabinett von Präsident Barroso, bestätigte den hohen Stellenwert der Mobilität während einer am 10. September 2008 in der Bayerischen Vertretung in Brüssel veranstalteten Fachtagung zum Wissens- und Technologietransfer und ergänzte als weitere Voraussetzungen einer zukunftsweisenden Hochschulpolitik den engen Dialog von Wirtschaft und Wissenschaft und die Autonomie der Hochschulen.

EUROPÄISCHE INFORMATIONS- UND KOMMUNIKATIONSTECHNOLOGIEN-STRATEGIE

Aufbauend auf dem sog. Aho-Bericht und unter Durchführung einer neuen Online-Konsultation erarbeitet die Kommission eine neue Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)-Strategie. Ziel ist es, effektiver und effizienter Innovationen aus diesem als Schlüsseltechnologie bewerteten Bereich hervorzubringen, Bürokratiehemmnisse abzubauen und die Innovationsfreudigkeit zu stärken.

http://ec.europa.eu/dgs/information_society/evaluation/rtd/fp6_ist_expost/index_en.htm

<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=ICTRDI>

ONLINE-PILOTPROJEKT ZUR PUBLIKATION WISSENSCHAFTLICHER ARTIKEL AUS EU-FINANZIERTEN FORSCHUNGSPROJEKTEN

Zur Verbreitung von Forschungsergebnissen, die mit Finanzmitteln des 7. Forschungsrahmenprogramms erzielt worden sind, baut die Kommission eine umfassende Datenbank auf, die – nach einer Sperrfrist – auch bereits in wissenschaftlichen Fachverlagen publizierte Artikel jedem Interessierten zugänglich macht.

http://ec.europa.eu/research/science-society/open_access

PLENUM DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS VOM 1. - 4.9.2008; ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH UMWELT, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Das Plenum des Europäischen Parlaments (EP) hat auf seiner Tagung vom 1. bis 4.9.2008 in Brüssel u. a. eine Stellungnahme zur GHS-Verordnung (GHS: Globally Harmonised System) zur Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Chemikalien und eine EntschlieÙung zum Verbot von Klonfleisch angenommen.

GHS: http://ec.europa.eu/enterprise/reach/ghs_more_on_com_proposal_en.htm

Klonfleisch:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0400+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

http://www.efsa.europa.eu/EFSA/efsa_locale-1178620753812_1211902019540.htm

http://ec.europa.eu/european_group_ethics/activities/docs/opinion23_en.pdf

MITTEILUNG ZUR UMSETZUNG DER TIERGESUNDHEITSSTRATEGIE (2007 – 2013)

Die Kommission hat am 10.9.08 eine Mitteilung zum neuen Aktionsplan zur Umsetzung der EU-Tiergesundheitsstrategie „Vorbeugung ist die beste Medizin“ (2007 - 2013) angenommen. Im Rahmen des Aktionsplans soll u. a. bis 2010 ein Vorschlag für ein Tiergesundheitsrahmengesetz entwickelt werden, das die bestehenden Einzelregelungen bündelt.

http://ec.europa.eu/food/animal/diseases/strategy/actionplan_en.htm

http://ec.europa.eu/food/animal/diseases/strategy/documents_en.htm

<http://europa.eu./rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/08/557&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

HARMONISIERTE RÜCKSTANDSHÖCHSTGEHALTE FÜR PESTIZIDE IN KRAFT

Am 1.9.2008 ist eine neue Verordnung zur Harmonisierung der Vorschriften über Pestizidrückstände in Kraft getreten. Die Verordnung (EG) Nr. 396/2005 führt auf EU-Ebene für Lebens- und Futtermittel erstmals einheitliche Grenzwerte für die Belastung mit Pflanzenschutzmittelrückständen ein. Das Europäische Parlament und der EU-Ministerrat hatten 2005 die Vereinheitlichung der nationalen Grenzwerte beschlossen.

http://ec.europa.eu/food/plant/protection/pesticides/index_en.htm

http://ec.europa.eu/news/environment/080903_1_de.htm

EUROPÄISCHES PARLAMENT VERABSCHIEDET VERORDNUNG ZU COMPUTERGESTÜTZTEN RESERVIERUNGSSYSTEMEN

Das Europäische Parlament hat am 04.09.2008 eine neue Verordnung zu computergestützten Reservierungssystemen (CRS) in erster Lesung verabschiedet. Das Hauptziel der Verordnung besteht darin, Luftfahrtunternehmen und CRS zu ermöglichen, frei über die Vertriebsbedingungen von Dienstleistungen zu verhandeln. Künftig müssen die Reservierungssysteme „neutrale“ Informationen für die Verbraucher bereitstellen und auf ihrer Startseite über die günstigsten und schnellsten Verbindungen informieren. Die angegebenen Preise müssen alle Steuern und Gebühren, Aufschläge und Entgelte, die dem Luftfahrt- oder Schienenverkehrsunternehmen zu zahlen sind, enthalten. Da bereits eine Einigung mit den Mitgliedstaaten erzielt wurde, ist die Verordnung de facto beschlossen. Der Ministerrat muss formal noch zustimmen (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/062-36135-245-09-36-910-20080903IPR36134-01-09-2008-2008-false/default_de.htm

EUGH: VERFAHREN ZUM FREMDBESITZVERBOT VON APOTHEKEN – BUNDESREGIERUNG VERTEIDIGT DEUTSCHE VORSCHRIFTEN

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 3. September 2008 mehrere Rechtssachen zum so genannten Fremdbesitzverbot von Apotheken verhandelt. Im Mittelpunkt steht dabei u. a. die Frage, ob die deutschen Vorschriften, die den Betrieb bzw. die Führung einer Apotheke nur approbierten Pharmazeuten gestatten, gegen die Niederlassungsfreiheit für Kapitalgesellschaften gemäß Artikel 43 und 48 des EG-Vertrags verstoßen (Rechtssachen C-171/07, C-172/07). Beim Verhandlungsauftritt verteidigte die Bundesregierung das in Deutschland im Gesetz über das Apothekenwesen verankerte Fremdbesitzverbot. Der ausgebildete Apotheker stehe „mit seiner gesamten Persönlichkeit dafür ein, dass dem Versorgungsgedanken Rechnung getragen wird“, betonte der Vertreter der Bundesregierung. Das abschließende Urteil des EuGH wird für Anfang 2009 erwartet (s. hierzu Beitrag des StMAS in diesem EB).

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-171/07&datefs=&datefe=&nomusuel=&domaine=&mots=&resmax=100](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-171/07&datefs=&datefe=&nomusuel=&domaine=&mots=&resmax=100)

KONSULTATION FÜR EIN KLIMAABKOMMEN AB 2012

Am 4.8.2008 hat die Europäische Kommission eine Konsultation eröffnet, um Meinungen zur Positionierung der EU hinsichtlich einer zukünftigen Klimapolitik der EU für die Zeit nach Auslaufen der Gültigkeit des Kyoto-Protokolls Ende 2012 einzuholen.

Die Anhörung läuft bis zum 10.10.2008.

<http://ec.europa.eu/yourvoice/ipm/forms/dispatch?form=climatepost2012>

INDUSTRIEAUSSCHUSS DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS VERABSCHIEDET BERICHT ZUR CO₂-REDUKTION BEI PKW

Der Ausschuss des Europäischen Parlaments hat am 01.09.2008 den Bericht von *Werner Langen* (EVP-ED) zur CO₂-Reduktion bei PKW verabschiedet. Der mitberatende Ausschuss entschärfte den Gesetzesvorschlag der Kommission mit 35 zu 21 Stimmen bei zwei Enthaltungen. Dabei stimmten Konservative und Liberale dafür und Sozialdemokraten und Grüne dagegen. Der federführende Ausschuss wird am 25.09.2008 über den Bericht von *Guido Sacconi* (SPE, IT) entscheiden (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

EUROTARIFE: ZWEITE ETAPPE DER EU-VERORDNUNG ZUR REGULIERUNG DER ROAMING-ENTGELTE ANGELAUFEN, WEITERE VORGABEN FÜR SMS UND DATEN-ROAMING GEPLANT

Am 30. August 2008 trat der zweite Teil der EU-Verordnung von 2007 zur Regulierung der Roamingentgelte in Kraft. Die im August 2007 eingeführten Höchstgrenzen für Roamingtarife im EU-Gebiet ermäßigten sich für abgehende Anrufe von 0,49 € auf netto 0,46 € /min und für ankommende Anrufe von 0,24 € auf netto 0,22 € / min

Pressemitteilungen der Kommission zum Thema:

http://ec.europa.eu/commission_barroso/president/focus/roaming_052007/index_de.htm

http://ec.europa.eu/information_society/newsroom/cf/comnews.cfm?type=pr

KOMMISSION: VERORDNUNG ZUR SEKUNDENTAKTABRECHNUNG GEPLANT

Nach der Einführung von Höchstgrenzen für Roaming-Tarife stehen nun auch die Abrechnungsmodalitäten der Mobilfunkanbieter im Fokus der Kommission. Statt der häufig geltenden Minutentakt-Abrechnung soll innerhalb der EU einheitlich nach Sekunden abgerechnet werden. Einem Bericht der Vereinigung europäischer Regulationsbehörden für Telekommunikation zu Folge bezahlen anrufende Kunden aufgrund solcher Minutentaktabrechnungen bis zu 24 % mehr Gesprächszeit als tatsächlich genutzt wurde, bei ankommenden Telefonaten beträgt die Überteuering ca. 19 %.

Pressemeldung zur Minutentakt-Abrechnung:

<http://www.euractiv.com/de/informationsgesellschaft/eu-minutentakt-abrechnung-handygesprache-kampf/article-174962>

Bericht der ERG:

http://www.erg.eu.int/doc/publications/erg_08_36_intern_roam_rep_080812.pdf

BITKOM-UMFRAGE: HANDYNUTZUNG IN FLUGZEUGEN VON MEHRHEIT DER DEUTSCHEN ABGELEHNT

Nach einer repräsentativen Umfrage des Bundesverbandes Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (Bitkom) sprach sich die deutsche Bevölkerung mehrheitlich gegen die Nutzung von Mobilfunktelefonen auf Flugreisen aus. Wie bereits berichtet (EB 08/08) hatte die Kommission im April den Rechtsrahmen für die rechtlichen und technischen Voraussetzungen eines europäischen Telekommunikationsdienstes geschaffen, um dem von Fluggästen geäußerten Interesse an der Mobilfunknutzung während der Flugreise Rechnung zu tragen.

Pressemitteilung zum Thema:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/537&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

START DES EUROPÄISCHEN AUSWAHLVERFAHRENS FÜR BETREIBER VON SATELLITENMOBILFUNKDIENSTEN

In Folge der im Juli 2008 in Kraft getretenen EU-Entscheidung zu den Satellitenkommunikationsdiensten wurde von der Kommission am 7. August das neue europäische Auswahlverfahren für die Vergabe von Funkfrequenzen gestartet. Europäische Satellitenbetreiber sind bis 07. Oktober aufgerufen, ihre Bewerbungen bei der Kommission einzureichen. Kriterien für das Vergabeverfahren sind das Spektrum der von den Satellitenbetreibern angebotenen Dienste und die technischen und kommerziellen Kapazitäten des Betreibers. Das neu eingeführte Auswahlverfahren ist für Satellitenbetreiber attraktiv, da das europaweite Anbieten von Diensten im Wege eines einzigen, einheitlichen Verfahrens genehmigt werden kann; bisher mussten die nationalen Genehmigungsverfahren der 27 Mitgliedstaaten durchlaufen werden. Dies bedeutete für die Betreiber oftmals Rechtsunsicherheit und führte zu Wettbewerbsnachteilen für die europäische Satellitenbranche.

Pressemitteilung:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1250&format=HTML&aged=0&language=DE>